



## Frieden neu denken? Friedensstrategien für das 21. Jahrhundert

Symposium anlässlich des 60. Geburtstags von Michael Brzoska

Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) veranstaltete am 14. Mai 2013 ein wissenschaftliches Symposium anlässlich des 60. Geburtstags seines Direktors Michael Brzoska. Den thematischen Mittelpunkt des Symposiums bildete die Frage, wie eine nachhaltige Friedenspolitik im Zeitalter der Globalisierung gestaltet werden kann. Diese Fragestellung steht auch im Zentrum des neuen mittelfristigen Arbeitsprogramms des IFSH.



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Symposiums setzten sich mit der Problematik in zwei Diskussionsrunden auseinander. Das erste Panel hatte die Herausforderungen an eine globale Friedenspolitik zum Gegenstand, das zweite fragte nach den Kriterien und Eckpunkten einer eurasisch-atlantischen Friedensordnung.

An dem ersten Panel, das von Hans-Georg Ehrhart (IFSH) eingeleitet und moderiert wurde, wirkten Prof. Cord Jakobeit, Programmbeiratsmitglied Politikwissenschaft der Universität Hamburg und Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats des IFSH, Prof. Elke Krahnemann von der School of Social Sciences an der Brunel University London, Prof. Tobias Debiel vom Institut Entwicklung und Frieden an der Universität Essen-Duisburg und Prof. Detlef Nolte vom German Institute for Global and Area Studies in Hamburg mit. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der ersten Diskussionsrunde betonten, dass ein dauerhafter Frieden prinzipiell auch mit autokratischen Staaten hergestellt oder stabilisiert werden kann. Konfliktregulierung zwischen Staaten mit unterschiedlichen

Normensystemen bedeute aber nicht, dass universelle Normen wie die Achtung von Menschenrechten aufgegeben werden sollten. Für sie müsse auch in autoritären Staaten mit politischen Mitteln geworben werden. Hingewiesen wurde auf vielfältige Anknüpfungspunkte



*Teilnehmer/-in des Symposiums: Herbert Wulf, Michael Brzoska, Eveline von Hoffmann, Gerald Kirchner, Holger Fischer (v.l.n.r)*

## Friedensgutachten 2013 in Berlin und Brüssel präsentiert

Kriege, Rüstung, Rüstungsmärkte und die Friedensfrage

Während die Europäer sich damit brüsten, dass sie ihre Militärbudgets verringern und hergebrachte Machtpolitik durch zivilen, diplomatischen Multilateralismus ersetzen, weiten sie zugleich ihre Rüstungsexporte massiv aus. Die alte Welt, auch Deutschland, liefert neue Waffen in alle Welt, darüber hinaus aber auch zivil ebenso wie militärisch nutzbare Sicherheitstechnologien und Dienstleistungen. Hochproblematisch ist überdies ein Trend im Waffeneinsatz, der darauf zielt, eigene kämpfende Truppen durch Drohnen zu ersetzen. Zu befürchten ist, dass dadurch die Hemmschwelle zum Einsatz von militärischer Gewalt sinkt. Zu diesem Befund gelangt das Friedensgutachten 2013. Sein Schwerpunktthema „Neue Kriege, neue Rüstungen, neue Rüstungsmärkte“ ist hochaktuell, weist aber weit über das politische Tagesgeschäft hinaus.

Das Friedensgutachten 2013 setzt sich mit den neuen Entwicklungen kritisch auseinander und zeigt Alternativen auf. Die Euro- und Finanzkrise hat das Wachstum vieler europäischer Streitkräfte vorerst gebremst; das militärische Engagement in Afghanistan wird zurückgefahren – Zeit für eine friedenspolitische Neubestimmung. Wir thematisieren die Rolle europäischer Staaten in künftigen Friedenseinsätzen der Vereinten Nationen, informieren über den Stand von Rüstungskontrolle und Abrüstung und diskutieren Dilemmata deutscher Außenpolitik.

Neben seinem Schwerpunkt nimmt das Friedensgutachten 2013 Erfolge, Teilerfolge und Misserfolge von Friedensprozessen unter die Lupe und diskutiert mit der Frage „Was tun?“ aktuelle Herausforderungen für die internationale Politik wie in Mali, im Kongo, in Nordkorea oder in Syrien.

Die Vertreterinnen und Vertreter der vier herausgebenden Institute BICC, FEST, IFSH



auch mit autoritär regierten Staaten, die sich aus einer Mehrdimensionalität von Normen ergeben. In diesem Kontext ging es auch um die Voraussetzungen und Möglichkeiten einer Friedenspolitik aus einer vermeintlichen Position der Schwäche des ‚Westens‘ angesichts aufstrebender und nur teilweise demokratisch verfasster Mächte wie Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika - den sogenannten BRICS-Staaten. Wie ausgeprägt der relative Machtverlust des ‚Westens‘ gegenwärtig ist, war unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf dem Podium zwar umstritten, Übereinstimmung herrschte aber darin, dass das Ziel die Verstetigung eines Prozesses mit diesen Staaten hin zu einem „positiven Frieden“ sein müsse. Ein solcher Frieden beinhaltet mehr als die bloße Abwesenheit von Krieg und schließt ganz wesentlich auch Aspekte wie Verteilungsgerechtigkeit und einen nachhaltigen Umgang mit Ressourcen ein.

Im zweiten, von Anna Kreikemeyer (IFSH) geleiteten Panel diskutierten Prof. Lothar Brock von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt, Prof. Solveig Richter von der Willy Brandt School of Public Policy an der Universität Erfurt, Prof. Conrad Schetter, Direktor des Bonn International Center for Conversion und Prof. Michael Staack von der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg die Kriterien und Möglichkeiten der Herausbildung einer eurasisch-atlantischen Friedensordnung. Dies bezieht sich auf eine Großregion, die von ei-

nem Neben- und teilweise Gegeneinander demokratischer, halbdemokratischer und autokratischer Staaten gekennzeichnet ist. Als Grundvoraussetzung für eine Friedensordnung in diesem Raum wurde ein dauerhafter und nachhaltiger Trend normativer, gesellschaftlicher und politischer Konvergenz zwischen den beteiligten Staaten und Gesellschaften genannt. Die Diskutanten gingen der Frage nach, wie der gegenwärtige Stand der Erwartungsstabilität in der Region einzuschätzen ist, welche Akteure zu ihrer Erhöhung beitragen können und wie sie durch institutionelle Verknüpfungen sowie andere Maßnahmen und Mechanismen weiter verbessert werden kann. Die besten Chancen auf eine solche Entwicklung bietet nach Ansicht der Panel-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer ein flexibler, dialogorientierter Umgang mit den vorhandenen Divergenzen. Diese Unterschiede und Widersprüche beziehen sich sowohl auf Interessen als auch auf Identitäten und werden auch auf längere Sicht noch eine wichtige Rolle spielen. Unwahrscheinlich ist es auch, dass eine positive Friedensordnung ohne ein Minimum an sozio-ökonomischer Verteilungsgerechtigkeit entstehen kann. Zu fragen ist daher, wie eine derartige Verteilungsgerechtigkeit in der eurasisch-atlantischen Region hergestellt werden kann. Es gilt, so das Fazit des Panels, die Divergenzen in der Region weder zu leugnen noch sie in einer Weise zu akzentuieren, dass sie den Gesamtprozess hin zu einer tragfähigen Friedensordnung blockie-

ren. Zudem sei eine regional ausgerichtete Perspektive wie die einer eurasisch-atlantischen Friedensordnung immer auch in einem globalen Kontext zu sehen.

Eingerahmt wurden die beiden wissenschaftlichen Panels durch einführende Beiträge von Prof. Götz Neuneck, Stellvertretender Wissenschaftlicher Direktor des IFSH, Prof. Holger Fischer, Vizepräsident der Universität Hamburg und Prof. Gerald Kirchner, Direktor des Zentrums für Naturwissenschaft und Friedensforschung, Hamburg. Sie alle würdigten die Verdienste Michael Brzoskas für die deutsche Friedensforschung und für die Arbeit des IFSH. Der Ehrung schloss sich die Zweite Bürgermeisterin und Senatorin der Behörde für Wissenschaft und Forschung, Dr. Dorothee Stapelfeldt, in einem Grußwort an. Prof. Herbert Wulf verband in seinem Vortrag persönliche und berufliche Augenblicke und Stationen mit Michael Brzoska zu einer freundschaftlichen Würdigung.

Die Keynote Speech hielt Dr. Sverre Lodgaard, ehemaliger Direktor des Peace Research Institute Oslo (PRIO), des United Nations Institute for Disarmament Research und des Norwegian Institute of International Affairs, Oslo. Er befasste sich mit den problematischen Aspekten einer „Global Governance“, die sich aus einer vorrangig an den eigenen Interessen orientierten und oft gegensätzlichen Politik der BRICS-Staaten und der westlichen Staaten ergeben.

Kontakt: Martin Kabl

kabl@ifsb.de

### ... Friedensgutachten 2013

und HSFK präsentierten das Jahrbuch am 4. Juni 2013 auf der Bundespressekonferenz in Berlin. Anschließend erörterten sie das Gutachten mit den Ausschüssen für Auswärtiges, Verteidigung und für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie mit Mitgliedern der Planungsstäbe des Auswärtigen Amtes, des Verteidigungsministeriums und des Bundesministeriums für wirtschaftlich Zusammenarbeit und Entwicklung, außerdem mit Abgeordneten von Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD zusammen mit französischen Abgeordneten der Parti Socialiste in deren mit internationalen Fragen befassten Arbeitskreisen sowie mit Friedensinitiativen wie Pax Christi, Juristen und Juristinnen gegen atomare, biologische und chemische Waffen (International Association Of Lawyers Against Nuclear Arms, IALANA) und Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs (IPPNW).

Eine öffentliche Veranstaltung „Entgrenzte Rüstungsmärkte – ethische Grenzen. Zivile Drohnen – ausgelagerte Waffenfabriken – elektronische Grenzzäune“, zu der die Evangelische Akademie zu Berlin und Women in International Security (WIIS) gemeinsam mit den vier herausgebenden Instituten in den

„Französischen Dom“ in Berlin eingeladen hatten, war ein Höhepunkt beim Gastspiel des Friedensgutachtens in der Hauptstadt. Es referierten der federführende Herausgeber Marc von Boemcken, Bonn International Center for Conversion (BICC) und Ruprecht Polenz MdB. Miteinander und mit dem Publikum diskutierten anschließend Christine Hoffmann, Generalsekretärin Pax Christi und Sprecherin

„Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“, Bernhard Moltmann, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) und Ruprecht Polenz MdB. Die Moderation lag bei Constanze Stelzenmüller, Women in International Security, Deutsche Sektion (WIIS.de).

Eine von der Volkshochschule Basel in Zusammenarbeit mit der HSFK organisierte Veranstaltungsreihe über die zentralen Themen



Nach dem Besuch der Herausgeber/-innen beim Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: v.l.n.r.: Bruno Schoch (HSFK), Ines-Jacqueline Werkner (FEST), Ute Koczy MdB (Bündnis 90/Die Grünen), Stefan Rebmann MdB (SPD), Marc von Boemcken (BICC), Harald Leibrecht MdB (FDP), Margret Jobannsen (IFSH). (© Deutscher Bundestag/Lichtblick/ Achim Melde)



des Friedensgutachtens 2013 unter dem Titel „Krieg und Frieden. Aktuelle militärische und politische Herausforderungen“ in Basel sowie eine Schüler/innentagung in Hannover in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Loccum rundeten die Gastspiele des Friedensgutachtens in der Republik ab.

Die Beiträge aus dem IFSH zum Friedensgutachten 2013 verfassten Michael Brzoska, Hans-Georg Ehrhart und Martin Kahl. Die Herausgeberschaft für das IFSH lag auch in diesem Jahr bei Margret Johannsen. Sie betreute

zudem die Aufsätze der Gastautor/innen Sabine Kurtenbach zu Kolumbien sowie Muriel Asseburg und Heiko Wimmen zum Syrienkonflikt.

Am 18. Juni geht das Friedensgutachten nach Brüssel. Bei der Vertretung der Evangelischen Kirche Deutschlands in Brüssel diskutiert ein Panel, besetzt mit der Europaabgeordneten Franziska Brantner und mit den Autoren des Friedensgutachtens Michael Brzoska, Wissenschaftlicher Direktor der IFSH, und Marc von Boemcken, federführender Herausgeber, über das Schwerpunktthema des Friedensgut-

achtens 2013 „Neue Kriege, neue Rüstung, neue Rüstungsmärkte“. Zur Brüsseler Präsentation liegt nach dem letztjährigen positiven Echo zum zweiten Mal eine Miniausgabe des Jahrbuchs vor, das ausgewählte Texte auf Englisch präsentiert. Ermöglicht hat dies die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF), die ihre Förderung des Friedensgutachtens auch in diesem Jahr großzügig fortsetzte. Die Übersetzungen sind auch auf der Internetseite [www.friedensgutachten.de](http://www.friedensgutachten.de) zugänglich.

*Kontakt: Margret Johannsen [johannsen@ifsh.de](mailto:johannsen@ifsh.de)*

## Das Verhältnis zwischen Staat und Religion in Deutschland und Tadschikistan Erfahrungsaustausch mit hochrangigen Repräsentanten aus Tadschikistan

Das Zentrum für OSZE-Forschung (CORE) hat in Zusammenarbeit mit dem Referat für den Dialog mit der Islamischen Welt und dem Sonderbeauftragten des Auswärtigen Amtes für den Dialog zwischen den Kulturen einen einwöchigen Erfahrungsaustausch mit hochrangigen Repräsentanten aus Tadschikistan arrangiert. Die gemischte achtköpfige Delegation aus Vertretern sowohl der säkularen Staatsmacht als auch des politischen Islam stand unter der Leitung von Herrn Subchon Koschonow, Chefberater des Präsidenten Tadschikistans für soziale Fragen und Öffentlichkeitsbeziehungen.

Der Erfahrungsaustausch befasste sich mit dem Verhältnis zwischen Staat und Religion – einem in Deutschland sehr aktuellen und Tadschikistan innen- sowie sicherheitspolitisch hochbrisanten Thema. Mit den zunehmenden Spannungen zwischen den Staatsorganen Tadschikistans einerseits und den Vertretern der Partei der Islamischen Widergeburt Tadschikistans und anderen Kräften des politischen Islam andererseits beeinflusst das Verhältnis zwischen Staat und Religionsgemeinden die Konfliktkonstellation in Tadschikistan anderthalb Jahrzehnte nach dem Bürgerkrieg 1992-1997 erneut in wachsendem Maße.

An diesem Punkt setzte der Erfahrungsaustausch, der vom 13. – 20. April 2013 in Berlin und Hamburg stattfand, gedanklich an. Er beinhaltete fast zwanzig Begegnungen, unter anderem mit Bundestagsabgeordneten,



*Gespräch zu Staat und Religion im Auswärtigen Amt: Deutsche und tadschikische Gesprächspartner u.a. mit Botschafter Heinrich Kreft, Sonderbeauftragter des Auswärtigen Amtes (2.v.l.), Herrn Subchon Koschonow, Chefberater des Präsidenten Tadschikistans (2.v.r.) und Arne C. Seifert, Botschafter a.D., CORE (ganz rechts).*

mit Herrn Staatssekretär David Gill, Chef des Bundespräsidialamts, mit Herrn Botschafter Heinrich Kreft, Sonderbeauftragter für den Dialog zwischen den Kulturen im Auswärtigen Amt, mit hochrangigen Vertretern des Auswärtigen Amtes, des Bundesministeriums des Innern, der Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport, mit Herrn Dr. Christoph Krupp, Chef der Senatskanzlei und anderen Repräsentanten der Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg sowie mit Vertretern des Katholischen Büros in Berlin, des Bevollmächtigten des Rats der EKD bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union, der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, der Türkisch-islamischen Union der Anstalt für Religion e.V. (DITIB), des Rats der Islamischen Gemeinschaften in Hamburg (SCHURA), des Islamischen Zentrums Hamburg sowie mit muslimischen Jugendlichen des

Berliner Projekts JUMA - Jung, Muslimisch, Aktiv. Die Diskussionen mit den tadschikischen Gästen endeten mit einem Austausch über die zweckmäßige Fortführung deutscher Beratungen zum Verhältnis Staat und Religion.

Das Engagement von CORE bei Anbahnung und Durchführung des Besuchsprogramms fußte auf einer intensiven, mehr als zehnjährigen säkular-islamischen Dialogarbeit in Tadschikistan. Eine besondere Rolle spielte hier COREs Moderation zwischen prominenten säkularen und islamischen Politikern in einem dreijährigen Verständigungsprojekt zur säkular-islamischen Vertrauensbildung in dem zentralasiatischen Staat. CORE unterhält intensive Beratungs- und Wissenschaftskontakte nach Tadschikistan und in andere Staaten in der Region.

*Kontakt: Arne C. Seifert [a.u.p.seifert@t-online.de](mailto:a.u.p.seifert@t-online.de)  
Frank Evers [evers@ifsh.de](mailto:evers@ifsh.de)*

## Konflikttransformation und Peacebuilding am Beispiel der Philippinen

Am 15. April 2013 führte das IFSH/ZEUS in Kooperation mit der Führungsakademie der Bundeswehr (FüAkBw) ein Expertengespräch zum Thema Konflikttransformation und Peacebuilding am Beispiel der Philippinen durch. Eine zivil-militärische Expertengruppe aus den Philippinen befand sich zu diesem Zeitpunkt zum Gedankenaustausch an der FüAkBw. Begleitet durch Fregattenkapitän Thomas Böhlke (FüAkBw) und unter Führung des als „Peace General“ titulierten Generalleutnants a. D. Raymundo Benitez Ferrer bestand die

philippinische Delegation aus insgesamt vier Teilnehmern. Diese waren und sind intensiv in den Peacebuilding-Prozess auf den Philippinen, insbesondere auf Mindanao, involviert. Das IFSH war mit seinem Wissenschaftlichen Direktor Michael Brzoska, dem Leiter ZEUS Hans-Georg Ehrhart sowie dem Militärischen Anteil des Instituts OTL i. G. Johann Schmid vertreten.

Zentraler Betrachtungsgegenstand der Diskussion war der neue Ansatz, den die gegenwärtige philippinische Regierung mit dem

„Internal Peace and Security Plan Bayanihan“ zur Bewältigung der seit vier Jahrzehnten andauernden Konflikte mit Maoisten und muslimischen Separatisten, die schon 120.000 Opfer gefordert haben. Der Neuanfang in der Konfliktbewältigung kommt einem paradigmatischen Wandel gleich. Er war erst durch ein verändertes politisch-militärisches „Mindset“, möglich geworden. Statt „Winning the War“ soll fortan „Winning the Peace“ das handlungsleitende Motto sein. „Peace General“ Ferrer sprach in diesem Zusammenhang



von einem „window of opportunity“ unter der gegenwärtigen Regierung. Vertrauensbildung, „Human Security“, Teilhabe und Einbindung lokaler Regierungen und ziviler Autoritäten, „Cultural Awareness“ und Ganzheitlichkeit stehen hierbei im Mittelpunkt. Für das Militär bedeutet dies, auch Aufgaben jenseits ih-

res Kampfauftrags zu übernehmen und dabei mit diversen zivilen Akteuren zu kooperieren. Für die philippinischen Streitkräfte stellt dies offenbar eine große Herausforderung dar, da man bis vor kurzem noch an US-Doktrinen aus dem Koreakrieg der 1950er Jahre und dem amerikanischen „Body-Count“-Ansatz des

Vietnamkriegs orientiert war. Der Ausblick für die weitere Entwicklung wurde seitens der philippinischen Experten verhalten positiv eingeschätzt, da die Konfliktparteien gegenwärtig zumindest miteinander reden würden.

*Kontakt: Johann Schmid schmid@ifsb.de*

## IFAR<sup>2</sup> zu Nordkoreas drittem Nukleartest

Auch unter dem neuen „Obersten Führer“ Kim-Jong Un setzt Nordkorea seine aggressive Politik fort und führte am 12. Februar einen weiteren Nukleartest durch. Schon ab Mitte 2012 hatten verschiedene Quellen verstärkte Aktivitäten auf dem Testgelände Punggyeri im Nordosten Nordkoreas in der Provinz Hamgyong registriert, wo bereits die beiden Tests von 2006 und 2009 stattgefunden hatten. Nordkoreanische Offizielle sprachen von einer erfolgreichen nuklearen Explosion, bei der ein „kleinerer und leichter Sprengkopf“ getestet worden sei.

Insgesamt 96 Stationen des International Monitoring System (IMS) der CTBTO (Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty Organization) registrierten die seismischen Erschütterungen am 12. Februar um 11:57 Uhr Ortszeit und sendeten die Daten zum Auswertungszentrum in Wien. Die Magnitude lag demnach bei rund fünf. Daraus berechnete Südkorea eine Sprengkraft von etwa sechs bis neun Kilotonnen TNT-Äquivalent. Dank der gestiegenen Zahl der Messstationen gelang es, den Explosionsort mit einer Genauigkeit von ±8,1 km auf 41,313 Grad nördliche Breite und 129,01 Grad östliche Länge einzugrenzen. Der US Geological Survey schätzt die Explosionstiefe auf 100 Meter. Entscheidend war die Identifikation der Radionuklide, die aus dem unterirdischen Explosionsherd entwichen sind und in den Wochen nach dem Test außerhalb der Staatsgrenzen durch Luftproben gesammelt wurden. Mit der Technik des „Atmospheric Transport Modelling“ gelang es, den Weg der radioaktiven Isotope dreidimensional zu berechnen und zur Quelle zurückzuverfolgen. Eine etwa 1000 km vom Testort entfernte japanische Station in Takasaki

und eine russische Station in Ussuriysk identifizierten 55 Tage nach dem Test die Edelgasisotope Xenon-131m und Xenon-133. Es ist zwar noch nicht endgültig geklärt, ob es sich um eine Uran- oder Plutoniumbombe handelt. Der erste fehlgeschlagene Test von 2006, die auf 24 bis 42 Kilogramm geschätzten nordkoreanischen Plutoniumvorräte und der Aufbau einer Urananreicherungsanlage deuten jedoch auf eine Plutoniumbombe hin. Angesichts der aggressiven Rhetorik des nordkoreanischen Regimes, des Abbruchs der Sechsparteiengespräche und einer fortgesetzten Sanktionspolitik des Westens ist ein Ende der Nuklearkrise nicht in Sicht. Nordkorea versucht mit dem Atomtest die Anerkennung als Nuklearstaat und direkte Verhandlungen mit den USA zu erzwingen (nach: Physik Journal 12 (2013) Nr. 6, S.8.).

*Kontakt: Götz Neuneck neuneck@ifsb.de*

## Jobday für die M.P.S.-Studierenden

Am 11. April 2013 organisierte der Verein der Freunde, Förderer und ehemaligen Teilnehmer des Studiengangs „Master of Peace and Security Studies (M.P.S.)“ an der Universität Hamburg e.V. seine jährliche Kontaktbörse für die Teilnehmer des aktuellen MPS-Studiengangs. Ehemalige Studenten des Masterprogrammes berichteten über Einstiegs- und Arbeitsmöglichkeiten in ihren Tätigkeitsbereichen und Berufsfeldern. Als Referenten konnten in diesem Jahr Christoph Bleis (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit), Daniel Holler (Internationale Gesellschaft für Menschenrechte), Anna-Karina Bayer (Geneva Centre for Security Policy), Franziska Baumann (Abgeordnetenbüro von Klaus Brandner in Berlin), Katarzyna Kubiak (Internationales Parlaments-Stipendium des Deutschen Bundestages) und Patric Sa-

lize (Greenpeace) sowie Maike Christiansen (UNECE) gewonnen werden. Zusätzlich wurde in diesem Jahr zum ersten Mal Raum für einen Vortrag zum Thema „Promotion“ eingeräumt, wofür Wolfgang Röhr vom „Team Nachwuchsförderung“ der Universität Hamburg gewonnen werden konnte, der anschaulich Vor- und Nachteile einer Promotion erläuterte. Der Förderverein des Studiengangs führt

jedes Jahr einen Jobday“ für die Studierenden durch. Ziel der Kontaktbörse ist es, den Studierenden einen Einblick in verschiedene berufliche Tätigkeitsfelder zu ermöglichen, die in inhaltlichem Bezug zum (friedens- und sicherheitspolitischen Studiengang) stehen und den Austausch mit erfahrenen Praktiker/-innen zu fördern.

*Kontakt: Katarzyna Kubiak kubiak@ifsb.de*

## PUBLIKATIONEN

**Hans-Georg Ehrhart/ Kerstin Petretto/ Patricia Schneider/ Thorsten Blecker/ Hella Engerer/ Doris König (Hrsg.): Piraterie und maritimer Terrorismus als Herausforderungen für die Seehandelssicherheit Deutschlands. Politik, Recht, Wirtschaft, Technologie. Baden-Baden: Nomos, 2013.**

Sichere Seewege sind die zentrale Voraussetzung für die Stabilität von Warenketten. Vorfälle von Piraterie und terroristische Angriffe auf die internationale Schifffahrt führen zu einem Bedarf an risikominimierenden Maßnahmen. Deutschland ist als Wirtschaftsstandort vom Seeweg abhängig und vielfältig betroffen, Schiffe unter deutschem Management litten unter Piratenangriffen. Abhilfe wurde beispielsweise gesucht über die Teilnahme an Militärmissionen, die Regulierung privater Sicherheitsdienste zur See und den Piratenprozess in Hamburg. Im Rahmen eines gemeinsamen Risikomodells und unter Verwendung des Konzepts der Security Governance wurde das Thema sowohl konzeptionell, empirisch als auch praktisch angegangen. Reeder und Versicherer wurden befragt, Daten ausgewertet, Abwehrtechnologien verglichen und über Interviews erstmals lokalisiert, welche Zuständigkeiten und Auf-

gaben staatliche Akteure im Bereich maritimer Sicherheit haben. Nach einer Defizitanalyse entwickelte der Projektverbund „PiraT“ Handlungsempfehlungen aus den Bereichen Politik, Recht, Wirtschaft, Technologie. Das Buch wurde gemeinsam von Vertretern folgender Institute herausgegeben: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Technische Universität Hamburg-Hamburg (TUHH), Bucerius Law School (BLS), Hamburg. Es ist bei Nomos erschienen:

<http://www.nomos-shop.de/Ehrhart-Petretto-Schneider-K%C3%B6nig-Blecker-Engerer-Piraterie-maritimer-Terrorismus-Herausforderungen-Seehandelssicherheit-Deutschl/productview.aspx?product=20523&toc=108&nC=Verteidigungs-+und+Sicherheitspo>

Informationen zum BMBF-geförderten Projektverbund: <http://www.maritimesicherheit.eu/>

*Kontakt: Patricia Schneider schneider@ifsb.de  
Hans-Georg Ehrhart ehrhart@ifsb.de  
Kerstin Petretto petretto@ifsb.de*



**IFSH aktuell**  
Ausgabe 98  
April / Mai 2013

Verantwortlich für diese Ausgabe:  
Susanne Bund, Anna Kreikemeyer

Institut für Friedensforschung und  
Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg  
Beim Schlump 83 · 20144 Hamburg  
Tel. (040) 866 077 67 · Fax: (040) 866 36 15  
E-Mail: ifsh@ifsh.de · <http://www.ifsh.de>